

Europäische Antworten auf globale Krisen

FORDERUNGEN DER AG GLOBALE VERANTWORTUNG ZUR EU-WAHL 2024  **29.02.2024**

Impressum

Die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** ist der Dachverband von 36 österreichischen Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe sowie entwicklungspolitischer Inlandsarbeit und Bildung. Unsere Mitgliedsorganisationen führen jährlich 1.000 Projekte in über 120 Ländern der Welt durch und tragen zu einem menschenwürdigen Leben für alle auf einem gesunden Planeten bei.

Herausgeberin

Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

BÜRO Apollogasse 4/9, 1070 Wien **TELEFON** +43 1 522 44 22–0

EMAIL office@globaleverantwortung.at **WEBSITE** www.globaleverantwortung.at

FACEBOOK [globaleverantwortung](https://www.facebook.com/globaleverantwortung) **LINKEDIN** [globaleverantwortung](https://www.linkedin.com/company/globaleverantwortung)



Europas Rolle in der Welt ist für Österreich entscheidend. Auf ihr beruht unser Wohlstand, für den die EU wesentliche Voraussetzungen geschaffen hat.¹ Vor allem als weltweite Förderin von Frieden, Stabilität und Entwicklung, die auf verbindliche Abkommen und internationale Zusammenarbeit setzt.

Geopolitische Machtverschiebungen, Kriege und Konflikte, die Klimakrise, Hunger, steigende Ungleichheiten und Armut: **In Zeiten des Umbruchs und der Unsicherheit gilt es, die internationale Rolle der EU zu stärken und sicherzustellen, dass sie eine richtungsweisende Kraft für Demokratie, Menschenrechte und Stabilität bleibt.** Um eine gerechtere, sicherere und nachhaltigere Welt für alle Menschen zu schaffen, ist die Entwicklungspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten ein zentrales Instrument.

Die bevorstehende EU-Wahl ist also eine Richtungsentscheidung: Die Zusammensetzung von Parlament und Kommission wird den europäischen Kurs in der akuten Humanitären Hilfe und langfristigen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) bestimmen, denen die Staats- und Regierungschefs im Februar 2024 – gegen die Empfehlung von EU-Parlament und Kommission – die Mittel kürzten.² Ein denkbar schlechter Zeitpunkt, sind aufgrund globaler Krisen doch 300 Mio. Menschen auf Nothilfe angewiesen³ und gelten über eine Milliarde Menschen als multidimensional arm.⁴ Darüber hinaus gerät die Zivilgesellschaft, die Missstände aufzeigt und die Politik zum Handeln auffordert, vielerorts in Bedrängnis – auch innerhalb der EU.

In Anbetracht dieser Herausforderungen fordern wir die künftigen österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament (MEP) dazu auf, eine zukunftsorientierte Entwicklungspolitik der EU mitzugestalten, und machen konkrete Vorschläge, wie dies gelingen kann. Das Ziel ist es wert: Ein globales Europa, das für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und ein Leben in Würde eintritt.

Zivilgesellschaft und Demokratie weltweit schützen und fördern

Heute leben 96,8% der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft nicht (mehr) ungehindert agieren kann.⁵ Unsere Mitgliedsorganisationen berichten von einem steigenden Druck auf ihre Partner*innen in Ländern des Globalen Südens, Angriffe gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Seit 2015 kam es weltweit zu 4.810 Attacken auf Menschenrechtsverteidiger*innen, davon 931 Morde.⁶ Zudem sind weltweit 500 Journalist*innen, die über Missstände berichten, derzeit in Haft. 2024 kamen bereits fünf Journalist*innen ums Leben. Lediglich in acht von 180 Ländern gilt die Lage der Pressefreiheit als gut, in 28 als sehr ernst.⁷

1 WKO (Aug. 2023): Außenwirtschaft: Österreichische Exportwirtschaft 2023/2024. Abgerufen unter: <https://www.wko.at/oe/ausussenwirtschaft/exportwirtschaft.pdf>, Zugriff am 16.02.2024

2 European Council (Stand 02.02.2024): Special European Council, 1 February 2024. Aufgerufen unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/european-council/2024/02/01>, Zugriff am 16.02.2023

3 Reliefweb (12.02.2024): The Commission announces initial humanitarian aid of €1.8 billion for 2024. Abgerufen unter: <https://reliefweb.int/report/world/commission-announces-initial-humanitarian-aid-eu18-billion-2024>, Zugriff am 16.02.2024

4 Multidimensionale Armut berücksichtigt den Zugang zur Gesundheitsversorgung (inklusive Ernährungssicherheit) und zu Bildung sowie den Lebensstandard der Einwohner*innen eines Landes. Siehe Reliefweb (11.07.2023): Global Multidimensional Poverty Index 2023 – Unstacking global poverty: Data for high impact action. Abgerufen unter: <https://reliefweb.int/report/world/global-multidimensional-poverty-index-2023-unstacking-global-poverty-data-high-impact-action>, Zugriff am 16.02.2024

5 CIVICUS Monitor (o.D.): Civic space in numbers. Abgerufen unter: <https://monitor.civicus.org/facts>, Zugriff am 16.02.2024

6 BHRRC (o.D.): Civic Freedoms & HRD Data. Abgerufen unter: <https://www.business-humanrights.org/en/from-us/human-rights-defenders-database>, Zugriff am 16.02.2024

7 Reporter ohne Grenzen (2023): Rangliste der Pressefreiheit. Aufgerufen unter: <https://www.rog.at/press-freedom-index-2022/>, Zugriff am 22.02.2024



Europäische Antworten auf globale Krisen

→ *Um die Rechte und Freiheiten der Zivilgesellschaft zu schützen und zu stärken und Pressefreiheit weltweit zu ermöglichen, ist die EU gefordert, sich klar gegen autoritäre Tendenzen und Einschränkungen der demokratischen Grundprinzipien zu stellen.*

Was Sie als MEP konkret tun können:

- Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU den **Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen auf allen Ebenen und in allen Phasen des Politikzyklus** intensiviert. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sollen zu parlamentarischen Dossiers konsultiert werden, die sich etwa auf Umwelt, Klimakrise und Menschenrechte, den EU-Haushalt und die Partnerschaft mit der Afrikanischen Union beziehen.
- Fordern Sie ein, dass die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) **proaktiv zivilgesellschaftliche Räume fördern und Menschenrechtsverteidiger*innen schützen**. Dazu zählt auch, Einschränkungen und sinkenden Finanzierungen für zivilgesellschaftliche Organisationen innerhalb und außerhalb der EU entgegenzuwirken.
- Setzen Sie sich für **mehr Transparenz** bei politischen Entscheidungen der EU in Bezug auf **internationale, regionale und bilaterale Beziehungen** ein, um gleichberechtigte und faire Partnerschaften auf Grundlage von Demokratie und Menschenrechten aufzubauen.
- Treten Sie dafür ein, dass die **EU Rechtsstaatlichkeit und unabhängige Justizsysteme in Partnerländern verstärkt unterstützt**, um die Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien zu gewährleisten.
- Setzen Sie sich weltweit für **verfolgte Journalist*innen, für Meinungs- und Pressefreiheit**, für das Recht zu informieren und informiert zu werden, sowie gegen jede Form der Zensur ein.

Auf eine Feministische Außenpolitik fokussieren

Momentan erleidet Geschlechtergerechtigkeit in vielen Ländern einen Backlash. Wenn sich der aktuelle Trend fortsetzt, werden bis 2030 über 340 Mio. Frauen und Mädchen in extremer Armut leben. Fast jede Vierte wird von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen sein.⁸ Die einleitend beschriebenen globalen Krisen, aber auch die daraus resultierenden Umbrüche und Unsicherheiten, stehen in starkem Zusammenhang mit patriarchalen Machtsystemen und Gesellschaftsstrukturen, die oftmals mit diskriminierenden Geschlechterkonstruktionen einhergehen. Sind Frauen und LGTBIQ-Personen hingegen gleichberechtigt in politische Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden und können ein gewaltfreies wie selbstbestimmtes Leben führen, hat das nicht nur soziale und gesundheitliche Vorteile, sondern auch wirtschaftliche. Gäbe es zum Beispiel keine Barrieren mehr, die Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalten, könnte der Wohlstandsgewinn in Südasien um rund ein Viertel steigen.⁹

⁸ UN Women (2023): Progress on the Sustainable Development Goals: The Gender Snapshot 2023. Abgerufen unter: <https://www.unwomen.org/sites/default/files/2023-09/progress-on-the-sustainable-development-goals-the-gender-snapshot-2023-en.pdf>, Zugriff am 16.02.2024

⁹ IMF (Okt. 2018): IMF Staff Discussion Note. Economic Gains from Gender Inclusion: New Mechanisms, New Evidence. Abgerufen unter: <https://www.imf.org/%7E/media/Files/Publications/SDN/2018/SDN1806.ashx>, Zugriff am 16.02.2024



Europäische Antworten auf globale Krisen

→ *Die EU ist gefordert, in ihrer Außenpolitik eine umfassende Geschlechtergerechtigkeit zu fördern, die sowohl Frauen, LGBTIQ-Personen als auch Männer berücksichtigt und allen ein gewaltfreies wie selbstbestimmtes Leben ermöglicht.*

Was Sie als MEP konkret tun können:

- Fordern Sie von Europäischer Kommission, EAD und EU-Mitgliedstaaten ein, eine Strategie für eine **Feministische EU-Außenpolitik** zu entwickeln. Diese kann angesichts der aktuellen globalen Krisen neue Impulse liefern, indem sie **Frauen und vulnerable Gruppen stärker in (politische) Entscheidungsfindungsprozesse miteinbezieht**, etwa in Konfliktlösung und -prävention, und ihre Sicherheit in den Vordergrund stellt.
- Fordern Sie von EU-Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten, die die *Istanbul-Konvention* noch nicht ratifiziert haben, dies rasch nachzuholen und die Konvention umzusetzen. Befürworten Sie eine ausreichende **finanzielle Unterstützung für die Implementierung von Gewaltschutzgesetzen und der UN-Frauenrechtskonvention** in Ländern des Globalen Südens.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass die Europäische Kommission die **Direktfinanzierung für Frauenrechts- und feministische Organisationen** erhöht und ihre Handlungsräume (*Civic Space*) erhält. Das gilt insbesondere für jene Organisationen, die sich gegen mehrfache Benachteiligungen einsetzen, die beispielsweise Frauen mit Behinderungen erleben.

Kohärent und glaubwürdig nachhaltige Entwicklung ermöglichen

Eine wichtige Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben für alle auf einem gesunden Planeten ist, dass sämtliche politische Maßnahmen der EU dazu beitragen, die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) weltweit umzusetzen – ein Konzept, das als *Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung* bekannt ist.¹⁰ Gegenwärtig werden die Bemühungen anderer Länder, die SDGs zu erreichen, durch erhebliche negative Auswirkungen europäischer Politiken auf diese Länder (Spillover-Effekte) untergraben.¹¹ Beispielsweise durch die Inkaufnahme von Arbeitsrechtsverletzungen entlang internationaler Lieferketten, die hohe Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen, deren Abbau die Umwelt und das Klima schädigt, oder den Export von Pestiziden, deren Verwendung in der EU schon seit vielen Jahren verboten ist. Dieses inkohärente Vorgehen führt dazu, dass andere Länder die Glaubwürdigkeit der EU infrage stellen, die sich öffentlich als Verfechterin von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten positioniert.

¹⁰ Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung ist in Artikel 208 des Vertrags von Lissabon (2009) wie auch im Europäischen Konsens über Entwicklung (2017) verankert.

¹¹ SDSN (25.01.2024): Europe Sustainable Development Report 2023/24. Aufgerufen unter: <https://sdgtransformationcenter.org/reports/europe-sustainable-development-report-2023-24>, Zugriff am 16.02.2024; AG Globale Verantwortung (15.11.2017): Broschüre und Video: Die Unfaire Milch – Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/die-unfaire-milch-agrar-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch>, Zugriff am 16.02.2024; AG Globale Verantwortung (09.10.2018): Steuer- und Entwicklungspolitik im Widerspruch? Steuergerechtigkeit und die Rolle globaler Konzerne. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/steuer-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch-steuergerechtigkeit-und-die-rolle-globaler-konzerne>, Zugriff am 16.02.2024; AG Globale Verantwortung (12.03.2019): Rohstoff- und Entwicklungspolitik im Widerspruch? Der Wettbewerb um mineralische Rohstoffe. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/rohstoff-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch-der-wettbewerb-um-mineralische-rohstoffe/>, Zugriff am 16.02.2024



Europäische Antworten auf globale Krisen

→ *Um die nachhaltige Entwicklung anderer Länder nicht zu untergraben, ist die EU gefordert, ihre (politischen) Aktivitäten in anderen Weltregionen konsequent an Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit auszurichten.*

Was Sie als MEP konkret tun können:

- Erhöhen Sie in den Ausschüssen des Parlaments und in der Zusammenarbeit mit anderen EU-Institutionen **das Bewusstsein für potenziell negative Auswirkungen von EU-Politiken auf andere Länder.**
- Setzen Sie sich dafür ein, dass die Europäische Kommission institutionelle Mechanismen etabliert, um **systematisch und präventiv** die externen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen **Auswirkungen der EU-Politik auf andere Länder zu prüfen und sie gegebenenfalls zu vermeiden.**
- Schlagen Sie vor, dass angepasste „**Fahrpläne**“ für **EU-Kommissar*innen erstellt werden**, die ihnen vorgeben, wie sie in ihrem Zuständigkeitsbereich maßgeblich zum **Erreichen der SDGs bis 2030** beitragen und negative Auswirkungen auf andere Länder verhindern können.
- Unterstützen Sie die Schaffung eines **Netzwerks für Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung im Europäischen Parlament.**

In eine lebenswerte Zukunft investieren

Wie zuvor erwähnt, kürzten die Staats- und Regierungschefs die entwicklungspolitischen Mittel, mit denen die EU beispielsweise auch die Gesundheitsversorgung und Forschung in Ländern des Globalen Südens unterstützt.¹² Die Reaktionsfähigkeit dieser Länder wie auch die der EU auf globale Krisen läuft nun Gefahr, sich massiv zu verschlechtern. Zudem setzen diese Kürzungen die geopolitische Relevanz der Staatengemeinschaft, ihre außenpolitischen Ambitionen und internationalen Partnerschaften aufs Spiel.

→ *Die EU ist gefordert, ausreichend Mittel bereitzustellen, mit denen sie weltweit dazu beitragen kann, Krisen zu bewältigen und Ungleichheiten sowie Armut zu beseitigen. Die Vergabe der Mittel ist strategisch zu verankern und eine dahingehende Transparenz ist sicherzustellen.*

Was Sie als MEP konkret tun können:

- Bewegen Sie das EU-Parlament dazu, die Kommission aufzufordern, einen Umsetzungsplan für das Erreichen des international vereinbarten **0,7%-Ziels** vorzulegen.¹³ Dieser soll sowohl die EU als auch ihre Mitgliedstaaten in die Pflicht nehmen. Zudem soll der Plan die zusätzliche Vereinbarung, dass 0,2 Prozentpunkte der 0,7% für Entwicklungshilfeleistungen in den ärmsten Ländern der Welt bereitgestellt werden sollen (z.B. für soziale Grundversorgung), berücksichtigen.
- Treten Sie bei den jährlichen und mehrjährigen Haushaltsverhandlungen für ein **hohes Budget für entwicklungspolitische Maßnahmen** ein, das auch zusätzliche Mittel für nachhaltige Entwicklung

¹² European Council (Stand 02.02.2024): Special European Council, 1 February 2024. Aufgerufen unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/european-council/2024/02/01>, Zugriff am 16.02.2023

¹³ Die OECD-Staaten einigten sich 1971 darauf, jährlich 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (Official Development Assistance, ODA) bereitzustellen. Im Jahr 2022 stellten die EU-Staaten durchschnittlich 0,49% des BNE zur Verfügung, Österreich lag mit 0,39% darunter. Siehe OECD Data: Net ODA. Abgerufen unter: <https://data.oecd.org/oda/net-oda.htm> Zugriff am 16.02.2024



Europäische Antworten auf globale Krisen

(NDICI, IPA) sowie Humanitäre Hilfe (SEAR) beinhalten soll.

- Fordern Sie die EU-Kommission dazu auf, detailliertere Angaben vorzulegen, wie die **Ziele des Nachbarschafts-, Entwicklungs- und Internationalen Kooperationsinstruments (NDICI) Global Europe** umgesetzt werden: insbesondere in Bezug auf öffentliche Entwicklungshilfeleistungen, *Human Development*, Klima, Migration, Geschlechtergerechtigkeit und Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen.
- Setzen Sie sich für regelmäßige und qualitative **Konsultationen ein, im Rahmen derer die Zivilgesellschaft** den NDICI überprüfen und bewerten kann.
- Fordern Sie ein, dass das **Parlament** vor jeder Entscheidung über Mittel aus dem NDICI **informiert wird**.

Prinzipientreue und bedarfsgerechte Humanitäre Hilfe sicherstellen

Jedes Jahr verdanken Millionen Menschen ihr Überleben der Humanitären Hilfe, die die EU maßgeblich unterstützt. Humanitäre Hilfe ist dem Spannungsfeld internationaler Politik ausgesetzt und wird gleichzeitig von lokalen Realitäten geprägt. Effektive Hilfe erfordert daher einerseits die konsequente Einhaltung der humanitären Prinzipien – Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität – und andererseits ein koordiniertes Vorgehen in Krisen- und Katastrophengebieten. Stimmen Akteur*innen der Humanitären Hilfe, EZA und Friedensarbeit ihre Arbeit ab, können sie umfassend dazu beitragen, globalen Krisen vorzubeugen, sie einzudämmen und zu bewältigen. Dabei spielen lokale Partner*innen eine entscheidende Rolle.

→ *Die EU ist gefordert, ihre Rolle in der Humanitären Hilfe zu stärken und die Rahmenbedingungen für diese zu verbessern.*

Was Sie als MEP konkret tun können:

- Setzen Sie sich dafür ein, dass die **Einhaltung des humanitären Völkerrechts** gefördert und überwacht sowie der **humanitäre Raum** geschützt und gestärkt werden.
- Fordern Sie eine Humanitäre Hilfe der EU ein, die unabhängig von politischen Interessen **strikt am Bedarf von Menschen in Not ausgerichtet** ist und sowohl kurzfristige Soforthilfe als auch Hilfe in langanhaltenden und „vergessenen“ humanitären Krisen umfasst.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU eine **mehrfährige und flexible Finanzierung** von Reaktionen auf komplexe humanitäre Herausforderungen ermöglicht, sowohl bilateral als auch multilateral, und insbesondere durch die Stärkung der Zivilgesellschaft.
- Engagieren Sie sich für eine Humanitäre Hilfe, die gezielt die **Bedürfnisse von vulnerablen Gruppen** berücksichtigt. Ihr Fokus sollte speziell auf Kindern und Jugendlichen liegen, sowie auf Personen, die aufgrund von Behinderungen, ihres Geschlechts bzw. ihrer sexuellen Identität von intersektionaler Diskriminierung betroffen sind.
- Tragen Sie dazu bei, dass mehr in **Katastrophenvorsorge und antizipierende Humanitäre Hilfe investiert** wird. Katastrophenvorsorge rettet Menschenleben und kostet weniger als Katastrophenhilfe.
- Schlagen Sie vor, dass Modalitäten und Anforderungen für die Beantragung von Mitteln von DG ECHO so gestaltet werden, dass lokale **NGOs in den Partnerländern einfacher direkten Zugang**



Europäische Antworten auf globale Krisen

zu Finanzierungen erhalten.

- Erwirken Sie eine angemessene Finanzierung von **Strukturen und des Personals lokaler Akteur*innen** und dass die von Krisen und Katastrophen betroffene lokale Bevölkerung in Entscheidungsfindungsprozessen der Humanitären Hilfe im Sinne des *Grand Bargain* einbezogen wird.
- Unterstützen Sie den **HDP-Nexus**, der Humanitäre Hilfe (*Humanitarian Aid*), EZA (*Development*) und Friedensarbeit (*Peace*) verbindet, indem Sie eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Regierungen, internationalen Organisationen, NGOs und lokalen Gemeinschaften anregen.

Klimagerechtigkeit als globale Verantwortung priorisieren

Zunehmende Wetterextreme und klimabedingte Katastrophen führen zu globalen Krisen, deren Auswirkungen auch innerhalb der EU spürbar sind. Besonders stark betroffen sind jedoch Menschen im Globalen Süden, deren Lebensgrundlagen oftmals bedroht sind und die deswegen ihre Heimat verlassen müssen, um anderswo ein Auskommen zu finden. Diese Menschen haben nur wenig zur Klimakrise beigetragen und verfügen meist nicht über die finanziellen Mittel, um angemessen auf ihre Folgen reagieren zu können. Bis zu 3,6 Mrd. Menschen sind mittlerweile von Erderhitzung und Umweltzerstörung betroffen. Und auch die Zahl jener, die deswegen Hunger leiden, könnte bald die Milliardengrenze weit übersteigen, sollte das vereinbarte Ziel einer Erderhitzung von maximal 2°C verfehlt werden.¹⁴

→ *Die EU ist gefordert, ihrer Mitverantwortung für die Klimakrise nachzukommen und Länder des Globalen Südens bei der Finanzierung von Schutz- und Anpassungsmaßnahmen zu unterstützen. Immerhin verursacht sie zusammen mit anderen wohlhabenden Staaten über 80% der globalen CO₂-Emissionen und verfügt darüber hinaus über die gefragten finanziellen und technischen Ressourcen zur Lösung der Klimakrise.*

Was Sie als MEP konkret tun können:

- Fordern Sie eine ehrgeizige **Reduzierung der Emissionen bis 2040** durch die EU ein, um die drastischen Auswirkungen der Klimakrise weltweit zu mildern und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu sichern.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU die Mittel für internationale Klimafinanzierung erhöht und in **Programme für Klimaschutz, zur Anpassung an unumkehrbare Folgen der Klimakrise sowie zur Bewältigung von Verlusten und Schäden** investiert. Priorität haben besonders gefährdete Länder mit begrenzten Ressourcen, ebenso wie besonders exponierte Gemeinden und Regionen. Diese Unterstützung sollte zusätzlich zu den bereits zugesagten entwicklungspolitischen Leistungen und Mitteln erfolgen.
- Erwirken Sie, dass öffentliche und private Akteur*innen aus der EU **keine klimaschädlichen Investitionen** in Ländern des Globalen Südens tätigen dürfen.¹⁵

¹⁴ Lukas Eichelter (04.12.2018): 3 Lösungen gegen Klimafolgen! So einfach erklärt, als wären sie nicht kompliziert. Abrufbar unter: <https://medium.com/world-food-programme-insight-german/3-l%C3%B6sungen-gegen-klimafolgen-so-einfach-erkl%C3%A4rt-als-w%C3%A4ren-sie-nicht-kompliziert-36e4974c6165>, Zugriff am 26.02.2024

¹⁵ Siehe Artikel 2.1c, Pariser Klimaschutzübereinkommen.